Große Erwartungen

Die neue Europäische Kommission, ihre Ziele und die öffentliche Meinung in Europa

BertelsmannStiftung

Große Erwartungen

Die neue Europäische Kommission, ihre Ziele und die öffentliche Meinung in Europa

Catherine E. de Vries & Isabell Hoffmann

eupinions | what do you think?

#2019/2

Catherine E. de Vries
Professorin für Politische Wissenschaft
Vrije Universiteit Amsterdam
c.e.de.vries@vu.nl

Isabell Hoffmann
Senior Expert
Bertelsmann Stiftung
isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de

www.eupinions.eu

Projektbeschreibung

Die Krise des Euroraums hat die Debatte um eine Weiterentwicklung der Europäischen Union (EU) wieder belebt. Wie kann eine Union von 28 Staaten mit einer Bevölkerung von 500 Millionen Menschen reformiert werden, damit sie Wirtschaftskrisen vermeidet und politische Herausforderungen meistert? Eine Antwort auf diese Fragen zu finden, ist extrem kompliziert, nicht nur weil vorhandene Reformvorschläge so stark variieren, sondern weil wir auch sehr wenig darüber wissen, welche Reformen die Bürger vorziehen. Auch wenn sich die Wissenschaft schon seit vielen Jahren für das Entstehen der EU und ihre politischen Entscheidungsprozesse interessiert, wissen wir sehr wenig über die Präferenzen von Bürgern in Zusammenhang mit EU Reformen. Das wollen wir mit eupinions ändern. Für eupinions befragen wir mehrfach im Jahr die europäische Öffentlichkeit repräsentativ nach ihrer Haltung zur europäischen Politik und ihren Erwartungen für die Zukunft.

In Kürze

Schon während sich die neue Europäische Kommission auf ihren Amtsantritt vorbereitet, steht sie vor einer großen Herausforderung. Die Kommission muss zeigen, dass sie drängenden politischen Problemen wie dem Klimawandel, dem nachlassenden Wirtschaftswachstum, der Migration und den Angriffen auf rechtsstaatliche Prinzipien gewachsen ist. Zugleich muss sie behutsam vorgehen und die Interessen der unterschiedlichen politischen Kräfte austarieren, die von nun an im Europäischen Parlament vertreten sind und die Mitgliedstaaten des Europäischen Rats beeinflussen. Zudem muss die Kommission auf die Anliegen und Sorgen der Bürger eingehen, in einer Zeit, in der die Erwartungen an die EU-Politik groß sind, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politiker jedoch gering.

Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend zu verstehen, was Europäer von der neuen Kommission erwarten. Welche Themen sollten nach Ansicht der EU-Bürger für die Kommission Vorrang haben? Und worüber machen sie sich in Bezug auf ihr persönliches Leben die größten Sorgen? Dies sind einige der Fragen, auf die wir in dieser Studie eingehen. Unsere Ergebnisse basieren auf einer Erhebung im Juni 2019, bei der mehr als 12.000 Bürger aus der gesamten EU befragt wurden. Wir stellen zwei verschiedene Arten von Ergebnissen vor; zum einen analysieren wir repräsentative Daten zur öffentlichen Meinung in der EU als Ganzes, zum anderen betrachten wir gesondert die Aussagen der Befragten in sechs Mitgliedstaaten: Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Polen und Spanien. Schließlich werten wir die Umfrageergebnisse auch für verschiedene Alterskohorten und nach Parteipräferenz aus. Insgesamt zeigen sich fünf zentrale Erkenntnisse:

- EU-weit **nennen die Befragten den Umweltschutz als wichtigste Priorität der EU für die Zukunft (40 Prozent). Das zweitwichtigste Thema ist für sie der Arbeitsmarkt (34 Prozent), gefolgt von den sozialen Sicherungssystemen (23 Prozent), Bürgerrechten (21 Prozent) und öffentlicher Sicherheit (19 Prozent).** Der Umweltschutz genießt bei den Befragten in Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Polen hohe Priorität, in Italien und Spanien steht sie für die Befragten nicht an erster Stelle. Junge Europäer zwischen 16 und 25 sorgen sich vor allem um die Umwelt (47 Prozent), aber auch um Chancengleichheit (20 Prozent).
- **Ca. 51 Prozent der EU-weit Befragten nannten steigende Lebenshaltungskosten als das Thema, das sie am meisten umtreibt. Gesundheitliche Probleme (28 Prozent), Arbeitsplatzunsicherheit (25 Prozent) und Kriminalität (21 Prozent) rangieren ebenfalls weit oben auf der Liste der persönlichen Sorgen.** Auch in den sechs gesondert untersuchten Ländern sind steigende Lebenshaltungskosten der wichtigste Grund für persönliche Sorgen. Besonders relevant ist dieses Thema in Frankreich und Polen (61 Prozent und 62 Prozent). Interessanterweise blicken die Befragten aus Deutschland mit besonderer Sorge auf politische Radikalisierungstendenzen. Die

Auswertung der Angaben nach Alter zeigt, dass Einsamkeit für junge Erwachsene EU-weit ein größeres Problem darstellt als für die älteren Befragten.

- Die Ergebnisse für die EU27 zeigen eine **recht positive Einstellung der Menschen zur EU. So sprachen sich 54 Prozent der Befragten für eine Vertiefung der politischen und ökonomischen Integration aus, 62 Prozent erklärten, dass sie sich in Gesprächen mit Freunden positiv über die EU äußerten, und 50 Prozent blicken optimistisch auf die Zukunft der EU.** Zwischen den Ländern gibt es interessante Unterschiede: Bei den italienischen Befragten z. B. ist der Wunsch nach einer deutlichen Vertiefung der europäischen Integration besonders groß. Dennoch ist in Italien der Anteil derjenigen, die sich in freundschaftlichen Gesprächen positiv über die EU äußern, am geringsten. Auch zwischen den Generationen bestehen nennenswerte Unterschiede. Während die jüngste Altersgruppe (die 16–25-Jährigen) sich am stärksten für die EU- Integration ausspricht, ist die Gruppe der 46–55-Jährigen die skeptischste.
- Die Befragten wurden um eine Prognose für die künftige Entwicklung der EU gebeten. In den EU27 hielten **35 Prozent es für wahrscheinlich, dass andere Mitgliedstaaten dem Beispiel des Vereinigten Königreichs folgen und aus der EU austreten werden, während 31 Prozent ein Europa der verschiedenen Integrationsgeschwindigkeiten erwarten.**
- Etwa 20 Prozent der Befragten vermuten, dass die Dinge ungefähr so bleiben werden, wie sie sind. 9 Prozent glauben dagegen nicht an den Fortbestand der EU, während 5 Prozent der Überzeugung sind, dass es irgendwann einmal die Vereinigten Staaten von Europa geben wird. Frankreich weist den höchsten Anteil derjenigen auf (42 Prozent), die weitere Austrittsversuche aus der EU erwarten, Spanien dagegen den geringsten (28 Prozent). In Deutschland gehen die meisten Befragten davon aus, dass es ein Europa der verschiedenen Integrationsgeschwindigkeiten geben wird.
- Betrachtet man die Einstellungen jener Befragten, **die Parteien an den Rändern des politischen Spektrums unterstützen,** so zeigen sich Unterschiede zur Gesamtheit der Bürger. Angehörige dieser Gruppe **nennen die Umwelt seltener als Schlüsselthema, ihrer Ansicht nach sollten Arbeitsplätze Priorität genießen.** Diese Kohorte ist der EU gegenüber zudem sehr viel skeptischer eingestellt als die breite Öffentlichkeit. Dies gilt insbesondere für Anhänger rechter Parteien.

Einleitung

Am 16. Juli 2019 wählte das Europäische Parlament Ursula von der Leyen zur neuen Präsidentin der Europäischen Kommission und vertraute ihr damit für die nächsten fünf Jahre die Leitung der EU-Exekutive an. Von der Leyens Kandidatur war umstritten gewesen, da sie nicht zu den Spitzenkandidaten zählte, die von den Fraktionen im Europäischen Parlament ins Rennen geschickt worden waren. Nun wurde sie zur Kompromisskandidatin in einer Phase zunehmender Konflikte unter den Mitgliedstaaten. Da sich weder die Fraktionen im Europäischen Parlament noch die europäischen Regierungschefs im Europäischen Rat, auf einen der Spitzenkandidaten – den Christdemokraten/Konservativen Manfred Weber oder den Sozialdemokraten Frans Timmermans – einigen konnten, entschied sich der Rat stattdessen für von der Leyen, die in ihren Augen einen Mittelweg verkörperte.

Das wiederum führte zum Bruch mit dem Verfahren, das sich unter der Bezeichnung Spitzenkandidaten-Modell etabliert hatte und vorsah, dass der Spitzenkandidat der größten Fraktion im Europäischen Parlament, zum natürlichen Kandidaten für den Posten des Präsidenten der Europäischen Kommission werden würde. Das empfanden viele Angehörige des Europäischen Parlaments als Provokation. In der ersten Pressekonferenz nach ihrer Wahl zeigte von der Leyen Verständnis für diese Bedenken des Parlaments. Zugleich betonte sie die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Gruppierungen im Parlament in die Arbeit am politischen Programm der Kommission einzubinden.[1] In der Rede vor ihrer Wahl hatte sie eine ambitionierte politische Agenda für die neue Kommission entworfen, die vom Konzept eines neuen Green Deal über ein sozialeres Europa bis zur Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion reichte. Ihre Rede war darauf ausgelegt, das gesamte Spektrum politischer Kräfte anzusprechen, das von nun an im Europäischen Parlament vertreten ist. Neben den Konservativen und den Sozialdemokraten hatten auch die liberale und die grüne Fraktion an Gewicht gewonnen. Sie mussten politisch ebenso berücksichtigt werden wie die Euroskeptiker. Diese unterschiedlichen Sichtweisen zu einer europäischen Vision zu vereinen wird eine wichtige Aufgabe der neuen Kommissionspräsidentin sein.

Von der Leyen wird in ihrer Amtszeit die EU in einer Reihe von Politikfeldern strategisch ausrichten müssen. Hierzu zählt die Frage der Einwanderungsquoten ebenso wie eine Reform der Währungsunion und geopolitische Herausforderungen. Großer diplomatischer Aufwand wird notwendig sein, um die stark divergierenden Positionen der Mitgliedstaaten zu versöhnen. Letztlich muss der neuen Kommission das Kunststück gelingen, die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten und die Positionen der Fraktionen im Europäischen Parlament auszutarieren und dabei die Sorgen und Nöten der EU-Bürger im Blick zu behalten.

1 European Commission Youtube channel: https://www.youtube.com/watch?v=yYA68QRh6dc

In ihrer Rede am 16. Juli betonte von der Leyen, dass die Bürger Europas „sehen wollen, dass wir [die EU] liefern, vorankommen".[2] Diese Aussage entspricht einem Ergebnis, das wir seit der Veröffentlichung unserer ersten Studie *What Do the People Want?*[3] im September 2015 immer wieder hervorgehoben haben: Die Menschen wollen, dass die EU Probleme löst und wirksam handelt. Zwar unterstützt die Mehrheit der Bürger die Idee eines vereinten Europas, doch die Menschen sind zunehmend besorgt über die aktuellen Weichenstellungen. Die Ergebnisse, die wir in unserer Studie *Supportive but Wary: How Europeans feel about the EU 60 year after the Treaty of Rom*[4] vom März 2017 vorstellen, zeigen, dass die strategische Ausrichtung der EU-Politik deutlich weniger Unterstützung findet als die EU-Mitgliedschaft an sich und eine vertiefte Integration. Vier Mal jährlich erheben und veröffentlichen wir Daten, die Aufschluss über die Meinungen der EU-Bürger zur nationalen und europäischen Politik geben.[5] Ein bemerkenswertes Grundmuster blieb über die Jahre hinweg konstant: Wenn es um die Leitideen und das Potential europäischer Politik geht, sind die Europäer weiterhin klar befürwortend. Wenn sie allerdings nach dem aktuellen Stand der Dinge und ihren Erwartungen für die Zukunft gefragt werden, äußern sie sich weniger positiv. Die Umfragedaten und die daraus ableitbaren Trends sprechen eine deutliche Sprache: Die Menschen wollen Erfolge der EU auf den Politikfeldern sehen, die ihnen wichtig sind. Sie wünschen sich wirksames Handeln statt Dysfunktionalität und Zusammenarbeit statt Konflikt.

Vor diesem Hintergrund erscheint es besonders wichtig, die Erwartungen der Menschen an die neue Kommission zu verstehen. Welche Prioritäten sollte die Europäische Kommission ihrer Ansicht nach setzen? Und welche Themen bereiten den Menschen mit Blick auf ihr persönliches Leben Sorgen? Diese Fragen untersuchen wir im vorliegenden Bericht. Unsere Ergebnisse basieren auf einer Erhebung im Juni 2019, für die mehr als 12.000 Bürger aus der gesamten EU befragt wurden. Wir stellen zwei verschiedene Arten von Ergebnissen vor; zum einen analysieren wir Daten zur öffentlichen Meinung in der EU als Ganzes (exklusive dem Vereinigten Königreich), zum anderen konzentrieren wir uns auf die Aussagen der Befragten in sechs Mitgliedstaaten: Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Polen und Spanien.

Unsere Ergebnisse weisen darauf hin, dass die neue Kommission sich nach Ansicht der EU-Bürger auf den Schutz der Umwelt, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und das Problem der steigenden Lebenshaltungskosten konzentrieren sollte. Unsere Ergebnisse zeigen zudem, dass die Menschen – im Großen und Ganzen – optimistisch auf die EU blicken. Allerdings gibt es in dieser Frage bedeutende Unterschiede zwischen den Ländern. Darüber hinaus gehen die Befragten davon aus, dass Spaltungstendenzen künftig zunehmen werden und die Kommission verstärkt dazu tendieren wird, ein Europa der unterschiedlichen Integrationsgeschwindigkeiten zu fördern. Nicht wenige der Befragten erwarten sogar weitere Austritte nach dem Vorbild des Vereinigten Königreichs. Es ist wichtig festzuhalten, dass Befragte, die linke oder rechte populistische Parteien unterstützen, sich andere politische Prioritäten wünschen als die Durchschnittswähler in den Mitgliedstaaten und

2 https://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-19-4230_en.htm

3 https://eupinions.eu/de/text/what-do-the-people-want/

4 https://eupinions.eu/de/text/supportive-but-wary/

5 https://eupinions.eu/de/trends/

andere Ansichten zur europäischen Integration vertreten. Insgesamt ergibt unsere Auswertung der Umfragedaten, dass die neue Kommission vor der schwierigen Herausforderung steht, die Sorgen der Bürger zu berücksichtigen und zugleich sensibel mit Differenzen zwischen den Parteien und ihren Anhängern umzugehen.

Im Fokus

Pläne der Präsidentin, Präferenzen der Öffentlichkeit

Inwieweit entspricht die Agenda, die Ursula von der Leyen für die neue Europäische Kommission aufgestellt hat, den Erwartungen und Prioritäten der europäischen Bürgerinnen und Bürger? Das Hauptanliegen dieser Studie ist dies zu untersuchen. Zu diesem Zweck fassen wir zunächst die wichtigsten politischen Prioritäten zusammen, die Ursula von der Leyen vor ihrer Bestätigung dem Europäischen Parlament präsentiert hat (siehe, *Die Pläne der neuen Kommissionspräsidentin*). Natürlich ist es weitaus schwieriger einen empirischen Einblick in die Erwartungen und Prioritäten der EU-Bürger gegenüber der neuen Europäischen Kommission zu erlangen. Daher stützen wir uns auf eine Reihe von Fragestellungen (siehe, *Die Prioritäten der EU-Bürger*). Zunächst fragen wir die Menschen, worauf sich die EU ihrer Meinung nach in den kommenden Jahren vor allem konzentrieren sollte. Die Befragten können zwei von zehn möglichen Antworten auswählen, die unter anderem Themen wie den Umweltschutz, Beschäftigung, Bürgerrechte und Demokratie abdecken. Um jedoch einen umfassenderen Einblick in das zu erhalten, was die Bürger von den Politikern im Hinblick auf ihr politisches Mandat erwarten, fragen wir unsere Befragten auch, was sie in ihrem Privatleben am meisten beunruhigt. Erneut fordern wir unsere Befragten auf, zwei von neun möglichen Antwortoptionen auszuwählen, die nun unterschiedliche Themenfelder wie gesundheitliche Beschwerden, steigende Lebenshaltungskosten, Kriminalität, politischen Radikalismus und Einsamkeit abdecken. Um die politischen Erwartungen der Öffentlichkeit sowie ihre persönlichen Sorgen zu berücksichtigen, muss die neue Kommission möglicherweise weitere Vorschläge für die europäische Zusammenarbeit und Koordinierung ausarbeiten. Um die Durchführbarkeit solcher Änderungen einzuschätzen, untersuchen wir wie die Menschen heute über die EU denken und was sie hinsichtlich ihrer Zukunft erwarten. Nachdem wir einige interessante Unterschiede zwischen Ländern und Altersgruppen in all diesen Bereichen hervorgehoben haben, wenden wir uns den Prioritäten, Ansichten und Erwartungen derjenigen Befragten zu, die angeben, sich den populistischen Parteien links oder rechts im politischen Spektrum nahe zu fühlen (siehe, *Politische Prioritäten der Anhänger rechter oder linker populistischer Parteien*).

Bitte beachten Sie, dass diese deutsche Ausgabe eine stark verkürzte Version der englischen Originalfassung ist. Diese finden Sie unter dem Titel „Great Expectations – The New European Commission, its Ambition and European Public Opinion“ auf www.eupinions.eu.

Die Pläne der neuen Kommissionspräsidentin

In ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament am 16. Juli stellte von der Leyen eine ehrgeizige politische Agenda für die nächste Europäische Kommission vor. In ihrem Werben für „eine [Europäische] Union, die mehr erreichen will“[6], schlug sie einige politische Initiativen vor, darunter die folgenden neun:

- Die Einführung eines **Green Deal for Europe,** um Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen.
- Die Vollendung der **Kapitalmarktunion,** um Hemmnisse für grenzüberschreitende Investitionen noch weiter abzubauen und kleine und mittlere Unternehmen zu stärken.
- Die Reform des **Stabilitäts- und Wachstumspakts** und damit einhergehend die Nutzung der Flexibilität, die in den Regeln vorgesehen ist.
- Die Stärkung der **Europäischen Säule sozialer Rechte** durch die Einführung einer **Europäischen Arbeitslosenversicherung** sowie durch eine Stärkung der **Jugendgarantie,** damit Jugendarbeitslosigkeit wirksam bekämpft wird, und durch die Schaffung einer **Kindergarantie,** die Kinder gegen Armut und sozialen Ausschluss schützt.
- Die Stärkung von **Geschlechtergleichstellung** durch eine ausgewogene Besetzung im Kommissionskollegium.
- Die Stärkung der **Rechtsstaatlichkeit** durch die Einführung eines Mechanismus, der die Grundrechte in vollem Umfang schützt.
- Die Einführung eines **Neuen Pakts in der EU-Einwanderungs- und Asylpolitik,** der die Schaffung einer **Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache** und eine Modernisierung der Asylregeln innerhalb eines **Gemeinsamen europäischen Asylsystems** vorsieht, um die Zuwanderung wirksamer zu kontrollieren.
- Die Errichtung einer **Europäischen Verteidigungsunion,** um die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung zu erleichtern. Zudem sollen außenpolitische Entscheidungen mit **qualifizierter Mehrheit** der Mitgliedstaaten getroffen werden können.
- **Politische Reformen** durch eine **Konferenz über die Zukunft Europas,** in der die Bürger ein Mitspracherecht bekommen, eine **Verbesserung des Spitzenkandidatenmodells** und ein **Initiativrecht** für das Europäische Parlament.

6 https://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-19-4230_en.htm

Die Prioritäten der EU-Bürger

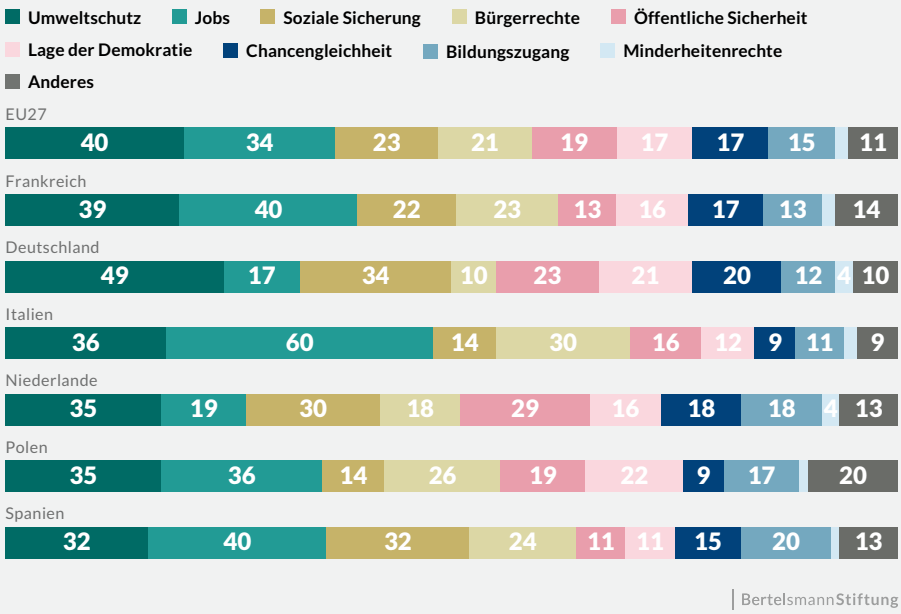
Um festzustellen, welche Themen nach Ansicht europäischer Bürger Priorität genießen sollten und ob diese Prioritäten mit der Agenda von der Leyens übereinstimmen, haben wir die Teilnehmer im Rahmen unserer Erhebung gefragt, welche Aufgaben in der EU ihrer Meinung nach in den kommenden Jahren besondere Beachtung finden sollten. Die Befragten sollten zwei Themen aus einer Liste mit zehn Möglichkeiten auswählen:

1. *Umweltschutz*
2. *Jobs*
3. *Soziale Sicherung*
4. *Bürgerrechte*
5. *Öffentliche Sicherheit*
6. *Lage der Demokratie*
7. *Chancengleichheit*
8. *Bildungszugang*
9. *Minderheitenrechte*
10. *Anderes*

Grafik 1 gibt einen Überblick über die Antworten. Es ist wichtig zu verstehen, dass die Antworten insgesamt 200 Prozent ergeben, da die Befragten zwei Themen (oder keines) von der Liste auswählen sollten. Die Befragten in der EU als Ganzes (EU27 ohne das Vereinigte Königreich) betrachten die Umwelt als das wichtigste Thema für die Zukunft (40 Prozent). Arbeitsplätze gelten als das zweitwichtigste Thema (34 Prozent), gefolgt von sozialer Sicherheit (23 Prozent), Bürgerrechten (21 Prozent) und öffentlicher Sicherheit (19 Prozent).

GRAFIK 1 **EU27: Wichtigste politische Prioritäten nach Ländern**

Welche zwei Themen sollten in den kommenden Jahren besonders berücksichtigt werden? In Prozent.



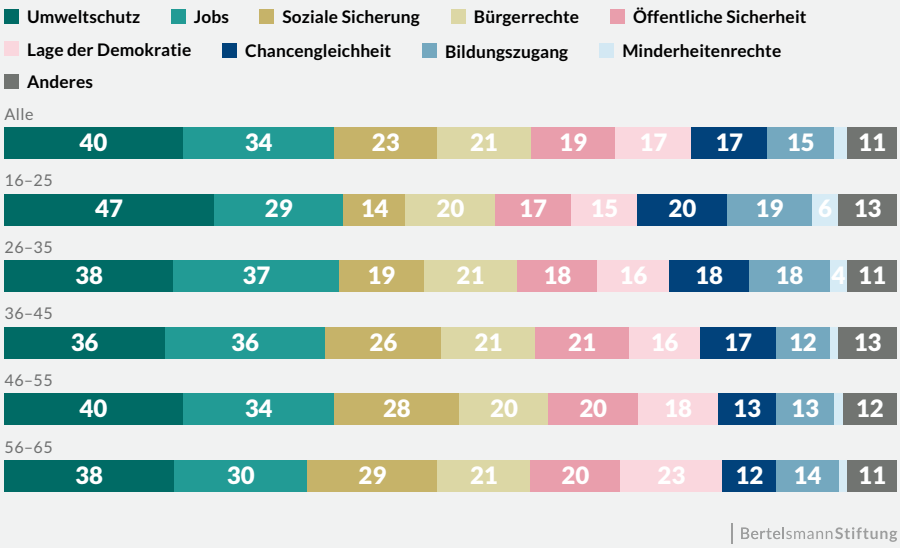
Grafik 1 zeigt zudem, wie sich die Prioritätswünsche der Menschen von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterscheiden. Während der Umweltschutz in Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Polen als Schlüsselthema gilt, genießt er bei den Befragten in Italien und Spanien nicht das gleiche Maß an Priorität, da dort Arbeitsplätze als wichtigstes Thema genannt werden (60 Prozent bzw. 40 Prozent).

Gibt es Unterschiede zwischen den Alterskohorten in Bezug auf die Benennung künftiger politischer Prioritäten für die EU? Grafik 2 schlüsselt die Prioritäten, die die Befragten in den EU27 nennen, nach Alterskohorten auf. Dabei zeigen sich einige interessante Muster. Nach Meinung der Befragten zwischen 16 und 25 sollte vor allem der Umweltschutz höchste Priorität genießen (47 Prozent). Im Unterschied dazu halten ältere Befragte das Thema für weniger prioritär (36 Prozent bis 40 Prozent in den verschiedenen Alterskohorten). Sie messen dem Thema Arbeitsplätze einen höheren Stellenwert zu als die jüngere Vergleichsgruppe.

Die Umfrageergebnisse, die in den Grafiken 1 und 2 dargestellt wurden, deuten darauf hin, dass einige der Ideen, die von der Leyen in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament Anfang Juli dargelegt hat, mit den politischen Prioritäten der EU-Bürger übereinstimmen. Dies gilt insbesondere in Bezug auf ihre Vorschläge für einen neuen Green Deal und eine Ausweitung sozialer Rechte und ihre Absicht, durch die Vollendung der Kapitalunion einen Fokus auf Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu legen.

GRAFIK 2 **EU27: Wichtigste politische Prioritäten nach Altersgruppen**

Welche zwei Themen sollten in den kommenden Jahren besonders berücksichtigt werden? In Prozent.



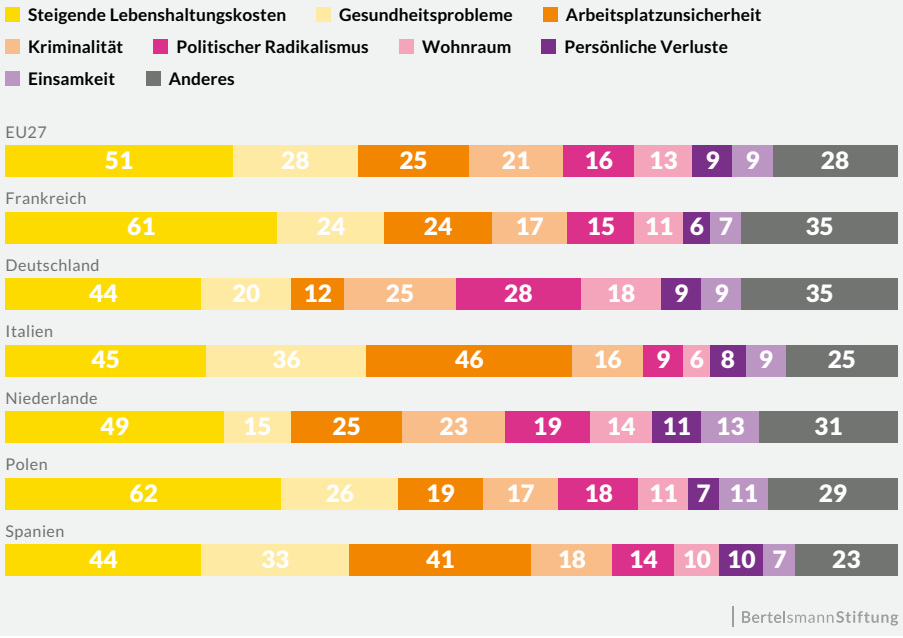
Um noch genauer und umfassender zu verstehen, wofür Politiker ihr Mandat nach Ansicht der Bürger einsetzen sollten, müssen wir auch untersuchen, welche Themen im persönlichen Leben der Bürger besonderes Gewicht haben, zumal den Menschen die politische Dimension ihrer „privaten" Angelegenheiten oft nicht bewusst ist. Wir haben sie deswegen gebeten, von einer Liste mit neun Einträgen zwei Themen auszuwählen, die ihnen persönlich am meisten Sorgen machen:

1. *Steigende Lebenshaltungskosten*
2. *Gesundheitsprobleme*
3. *Arbeitsplatzunsicherheit*
4. *Kriminalität*
5. *Politischer Radikalismus*
6. *Wohnraum*
7. *Persönliche Verluste*
8. *Einsamkeit*
9. *Anderes*

Grafik 3 gibt einen Überblick über die Antworten der Befragten. Steigende Lebenshaltungskosten machen den Menschen in den EU27 die meisten Sorgen; 51 Prozent nennen das Thema als eines der beiden, die ihnen am meisten Kopfzerbrechen bereiten. Gesundheitliche Probleme (28 Prozent), Arbeitsplatzunsicherheit (25 Prozent) und Kriminalität (21 Prozent) rangieren ebenfalls weit oben auf der Liste der persönlichen Sorgen. Weniger als 10 Prozent der Befragten in der EU nennen Einsamkeit oder persönliche Verluste als ein Thema, mit dem sie zu kämpfen haben.

GRAFIK 3 **EU27: Prioritäten im persönlichen Leben der Befragten**

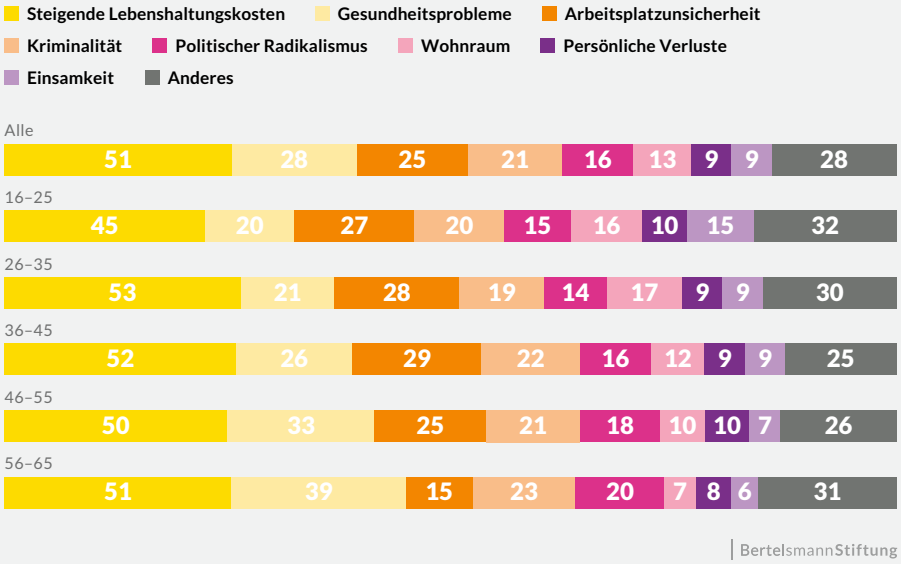
Welche beiden Themen bereiten Ihnen am meisten Sorge? In Prozent.



Gibt es Unterschiede zwischen den Alterskohorten? Grafik 4 bietet hierzu einen Überblick und weist auf einige Besonderheiten hin. Ähnlichkeiten zwischen den Altersgruppen bestehen darin, dass steigende Lebenshaltungskosten von allen Befragten unabhängig vom Alter als die größte Sorge wahrgenommen werden. Die Wohnungsfrage gibt insbesondere den 16–25-Jährigen und den 26–35-Jährigen Anlass zur Sorge, während gesundheitliche Probleme eine Hauptquelle der Besorgnis für die 56–65-Jährigen sind. Bemerkenswert ist auch, dass Einsamkeit eine sehr viel größere Sorge innerhalb der jüngsten Alterskohorte der 16–25-Jährigen ist (15 Prozent) als für die Befragten ab 46 (6 Prozent bis 7 Prozent).

GRAFIK 4 **EU27: Prioritäten im persönlichen Leben der Befragten nach Altersgruppen**

Welche beiden Themen bereiten Ihnen am meisten Sorge? In Prozent.

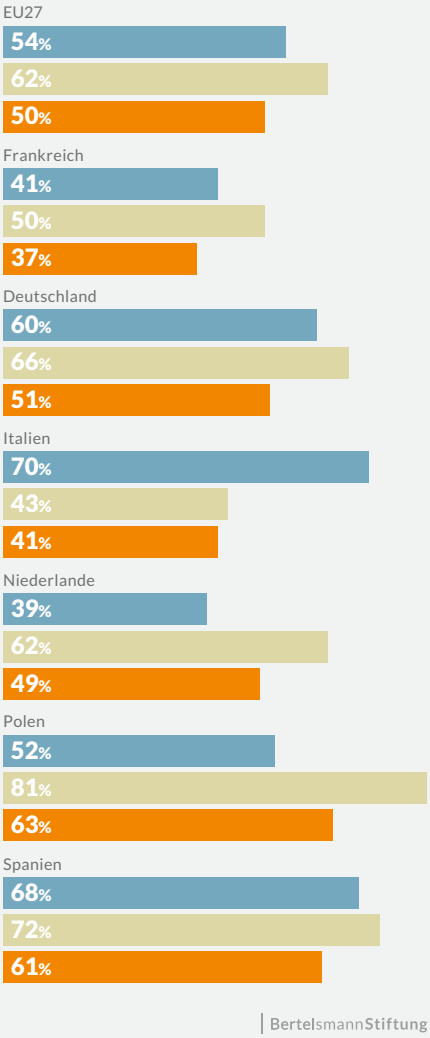


Um auf die wichtigsten Sorgen und politischen Prioritäten der Bürger einzugehen, muss die neue Kommission möglicherweise weitere Vorschläge für europäische Zusammenarbeit und Koordination entwickeln. Daher untersuchen wir im Folgenden die Einstellungen und Zukunftserwartungen der Menschen in Bezug auf die EU. Grafik 5 bietet einen Überblick über die Einstellungen zur EU. Dabei konzentrieren wir uns insbesondere auf drei Fragen:

1. *Stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Wir brauchen mehr politische und ökonomische Integration innerhalb der EU.*
2. *Stellen Sie sich vor, Sie sprechen mit einem Freund oder Kollegen über die EU. Würden Sie sich positiv oder negativ äußern?*
3. *Sehen Sie die Zukunft der Europäischen Union im Großen und Ganzen optimistisch oder pessimistisch?*

GRAFIK 5 **EU27: Einstellungen zur EU**

Würden Sie der folgenden Aussage zustimmen? Zustimmung in Prozent.

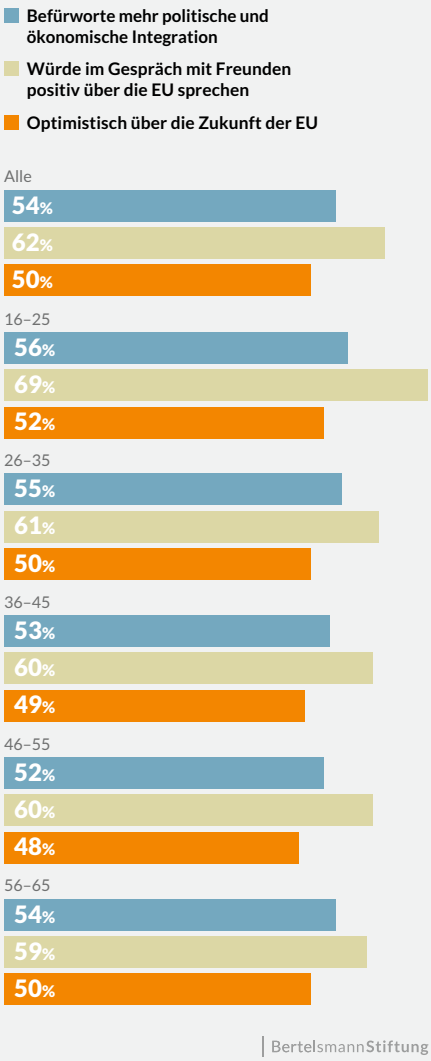


Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Menschen der EU gegenüber insgesamt recht positiv eingestellt sind. 54 Prozent der Befragten in der gesamten EU befürworten eine Vertiefung der politischen und ökonomischen Integration in Europa, 62 Prozent würden sich Freunden gegenüber positiv über die EU äußern und 50 Prozent sehen die Zukunft der EU positiv. Zusätzliche Daten über die historische Entwicklung der Einstellungen und Erwartungshaltungen europäischer Bürger zur EU finden sich in unseren Trendzahlen, die wir vierteljährlich erheben.[7] Hierbei stellen wir beträchtliche Unterschiede zwischen den jeweiligen Ländern fest. Während besonders viele Befragte aus Italien und Spanien eine vertiefte politische und ökonomische Integration in Europa begrüßen würden (ca. 70 Prozent), unterstützen nur 39 Prozent der Niederländer und 41 Prozent der Befragten aus Frankreich mehr politische und wirtschaftliche Integration. Die Werte für deutsche und polnische Befragte liegen im Mittelfeld.

7 https://eupinions.eu/de/trends/

GRAFIK 6 **EU27: Einstellungen zur EU nach Altersgruppen**

Würden Sie der folgenden Aussage zustimmen? Zustimmung in Prozent.



Grafik 6 zeigt interessante Unterschiede zwischen den verschiedenen Alterskohorten. In der Altersgruppe zwischen 16 und 25 ist die Unterstützung für europäische Integration am stärksten ausgeprägt. Etwa 56 Prozent der Befragten in dieser Kohorte befürworten die Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Integration, 69 Prozent sagen, dass sie sich in Gesprächen mit Freunden positiv über die EU äußern würden, und 52 Prozent sehen die Zukunft der EU optimistisch. Die 46–55-Jährigen sind hingegen in allen drei Dimensionen deutlich kritischer gegenüber der EU.

Im Folgenden betrachten wir die Zukunftserwartungen der EU-Bürger hinsichtlich der EU. Die Befragten wurden gebeten, sich für eines von fünf möglichen Szenarien zu entscheiden:

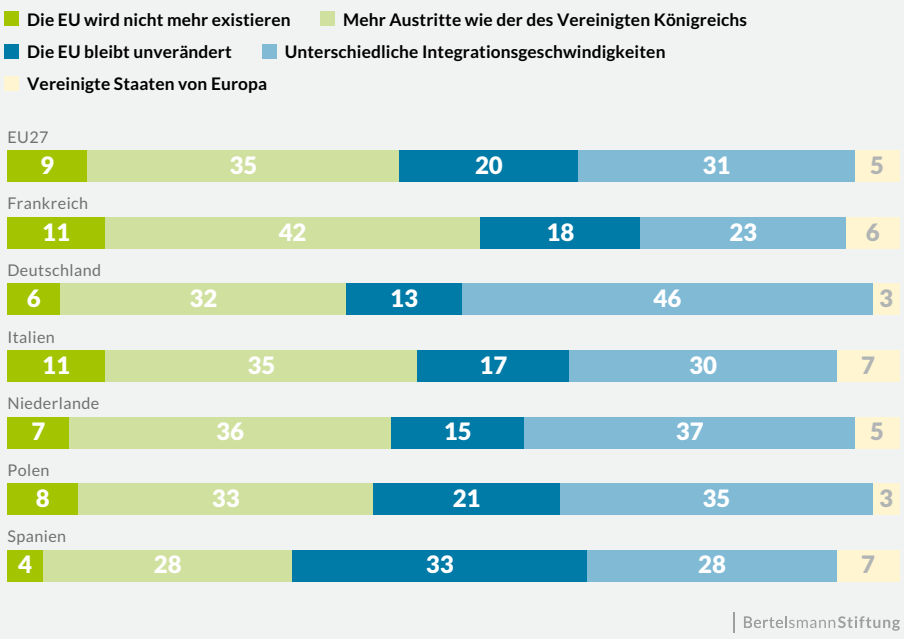
1. *Die EU wird nicht mehr existieren*
2. *Mehr Austritte wie der des Vereinigten Königreichs*
3. *Die EU bleibt unverändert*
4. *Unterschiedliche Integrationsgeschwindigkeiten*
5. *Vereinigte Staaten von Europa*

Grafik 7 gibt einen Überblick darüber, welche Zukunftsszenarien nach Ansicht der Befragten am wahrscheinlichsten sind. Eine Mehrheit der Befragten in den EU27 entscheidet sich für das Szenario, demzufolge es mehr Austritte wie den des Vereinigten Königreichs geben wird (35 Prozent), gefolgt von 31 Prozent der Befragten, die ein Europa der unterschiedlichen Integrationsgeschwindigkeiten für wahrscheinlich halten. Etwa 20 Prozent glauben, dass die Lage unverändert bleiben wird, während nur 9 Prozent erwarten, dass es die EU in Zukunft nicht mehr geben wird; 5 Prozent glauben, dass es künftig die Vereinigten Staaten von Europa geben wird. Darüber hinaus zeigt Grafik 7 einige bedeutsame Unterschiede zwischen den Ländern.

Grafik 8 schlüsselt die Antworten nach Alterskohorten auf. Interessanterweise erwartet in den jüngeren Alterskohorten ein deutlich größerer Anteil der Befragten, dass in Zukunft immer mehr Staaten dem Vorbild des Vereinigten Königreichs folgen und aus der EU austreten werden (40 Prozent der 16–25-Jährigen; 37 Prozent der 26–35-Jährigen). In den älteren Kohorten ist der Anteil hingegen geringer (33 Prozent der 46–55-Jährigen; 31 Prozent der 56–65-Jährigen).

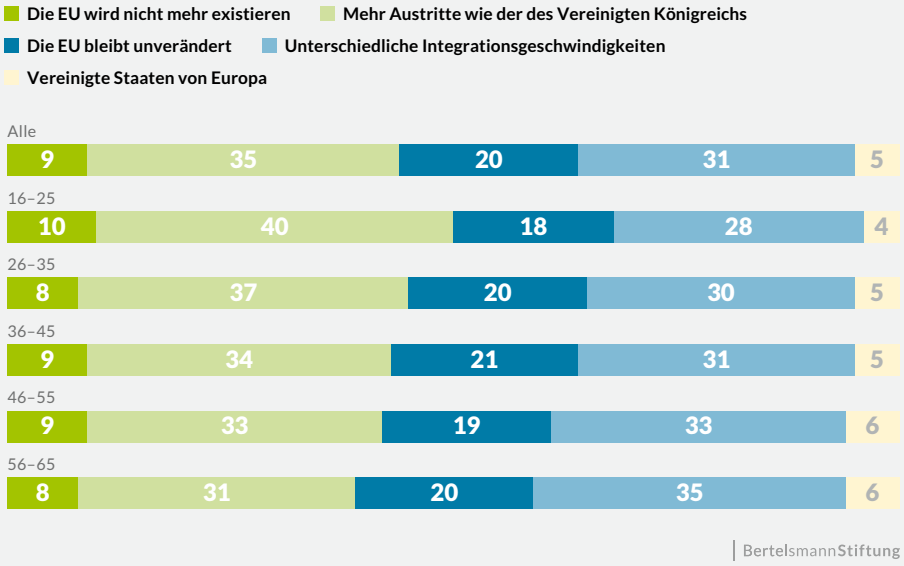
GRAFIK 7 **EU27: Zukunftserwartungen zur EU**

Wie wird sich die EU in Zukunft entwickeln? Zustimmung in Prozent.



GRAFIK 8 **EU27: Zukunftserwartungen zur EU nach Altersgruppen**

Wie wird sich die EU in Zukunft entwickeln? Zustimmung in Prozent.



Insgesamt deuten die Ergebnisse in den Grafiken 5 bis 8 darauf hin, dass die EU-Bürger im Großen und Ganzen recht positive Ansichten über die EU haben. Dennoch betrachten sie es als realistische Möglichkeit, dass weitere Austritte nach dem Vorbild des Vereinigten Königreichs angestrebt werden oder die Integrationsgeschwindigkeiten der verschiedenen Mitgliedstaaten stärker voneinander abweichen.

Politische Prioritäten der Anhänger rechter und linker populistischer Parteien

Schließlich untersuchen wir noch, wie die Prioritäten und Ansichten zur EU sich je nach den parteipolitischen Affinitäten der Befragten unterscheiden. In der vorliegenden Studie fokussieren wir uns besonders auf die Ansichten derjenigen Befragten, die angeben sich den populistischen Parteien am rechten und linken Rand des Spektrums nahe zu fühlen. Gleichwohl stellen wir für die sechs gesondert untersuchten Länder detaillierte Ansichten über die Meinungen der Unterstützer aller Parteien bereit. Die entsprechenden Darstellungen finden sich auf unserer Website.[8] Grafik 9 bietet einen Überblick darüber, welche Themen nach Ansicht dieser Befragten künftig für die EU Vorrang haben sollten. Hierbei zeigen sich deutliche Unterschiede zu den Prioritäten, die die Befragten insgesamt für vorrangig halten (siehe Grafik 1).

GRAFIK 9 **EU27: Wichtigste politische Prioritäten nach Ansicht der Unterstützer linker und rechter populistischer Parteien**

Welche zwei Themen sollten in den kommenden Jahren besonders berücksichtigt werden? In Prozent.

La France Insoumise · Die Linke · Movimento Cinque Stelle · Socialistische Partij · Podemos · Rassemblement National · Alternative für Deutschland · Lega · Forum voor Democratie · Partij voor de Vrijheid · Prawo i Sprawiedliwość · Vox

Linkspopulistische Parteien						Rechtspopulistische Parteien						
50	50	40	22	38	UMWELTSCHUTZ	26	14	30	7	21	32	32
29	17	60	23	33	JOBS	51	32	70	24	15	47	43
31	49	12	47	27	SOZIALE SICHERUNG	23	40	19	42	30	16	17
32	8	38	25	36	BÜRGERRECHTE	22	17	29	18	18	19	23
19	10	11	26	5	ÖFFENTLICHE SICHERHEIT	24	49	24	42	30	24	20
8	13	9	10	11	LAGE DER DEMOKRATIE	16	18	8	25	21	15	11
8	21	9	20	13	CHANCENGLEICHHEIT	13	13	7	8	25	9	18
12	18	11	19	26	BILDUNGSZUGANG	8	3	7	13	9	18	10
7	6	3	2	2	MINDERHEITENRECHTE	2	2	2	15	3	1	4
4	8	7	6	9	ANDERES	15	12	4	6	28	19	22

BertelsmannStiftung

8 https://eupinions.eu/de/graphics/

Grafik 10 zeigt, welche Probleme den Unterstützern linker und rechter populistischer Parteien in ihrem persönlichen Leben am meisten Sorge bereiten. Hier ist die Übereinstimmung mit der Gesamtheit der Befragten größer. Für Unterstützer sowohl linker als auch rechter populistischer Parteien sind steigende Lebenshaltungskosten eine Hauptquelle ihrer persönlichen Sorgen.

GRAFIK 10 **Prioritäten im persönlichen Leben der Unterstützer linker und rechter populistischer Parteien**

Welche beiden Themen bereiten Ihnen am meisten Sorge? In Prozent.

La France Insoumise | Die Linke | Movimento Cinque Stelle | Socialistische Partij | Podemos | Rassemblement National | Alternative für Deutschland | Lega | Forum voor Democratie | Partij voor de Vrijheid | Prawo i Sprawiedliwość | Vox

Linkspopulistische Parteien						Rechtspopulistische Parteien						
55	54	51	60	55	STEIGENDE LEBENSHALTUNGSKOSTEN	70	55	47	57	53	53	43
35	24	35	30	26	GESUNDHEITSPROBLEME	19	14	37	16	17	34	22
15	11	49	14	51	ARBEITSPLATZ-UNSICHERHEIT	30	11	44	24	16	18	31
10	16	11	20	9	KRIMINALITÄT	25	51	24	35	22	24	24
21	32	8	18	12	POLITISCHER RADIKALISMUS	6	11	3	5	8	7	27
16	19	7	12	13	WOHNRAUM	12	19	5	15	7	11	7
16	9	8	12	6	PERSÖNLICHE VERLUSTE	6	9	9	10	9	6	5
11	10	6	11	9	EINSAMKEIT	7	7	9	7	14	10	7
21	25	25	23	19	ANDERES	25	23	22	31	54	37	34

BertelsmannStiftung

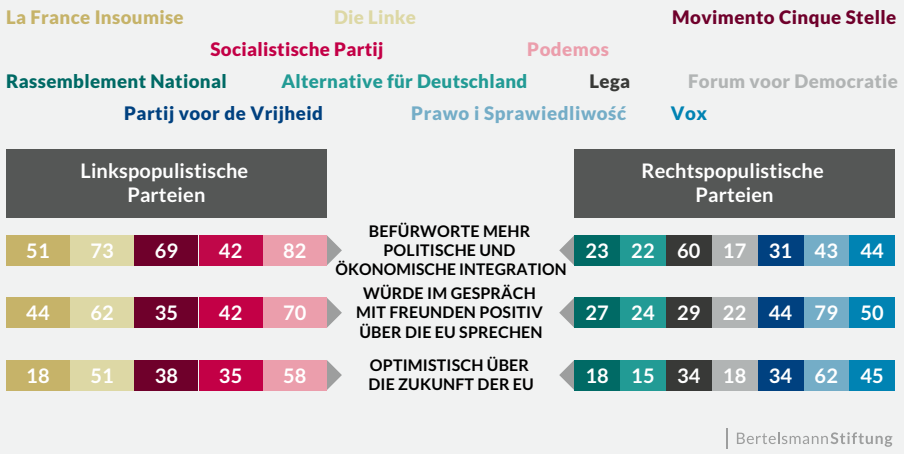
Im Folgenden untersuchen wir genauer, wie die Sympathisanten rechter und linker populistischer Parteien über die EU denken. Die Grafiken 11.1 und 11.2 geben einen Überblick über die Befragungsergebnisse. Einige Resultate sind dabei besonders bemerkenswert. Erstens sind die meisten Anhänger rechtspopulistischer Parteien der EU gegenüber sehr viel weniger positiv eingestellt als die Gesamtheit der Befragten in den EU27 und die Mehrheit der Unterstützer der populistischen Linken.

Zweitens äußern sich die Unterstützer linker populistischer Parteien deutlich positiver über die EU als die Anhänger der populistischen Rechten, jedoch weniger positiv als die Gesamtheit der Befragten. Drittens stimmen die Anhänger rechts- und linkspopulistischer Parteien in ihren Zukunftserwartungen stärker überein als in ihren allgemeinen Einstellungen zur EU. Die Mehrheit von ihnen erwartet weitere Austritte nach dem Vorbild des Vereinigten Königreichs, und der Anteil derjenigen, die weitere Austritte voraussehen, ist größer als in der Gesamtheit der Befragten.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse in den Grafiken 9, 10, 11.1 und 11.2, dass sich die Anhänger populistischer Parteien von der Gesamtheit der Befragten in einigen wichtigen Punkten unterscheiden. Sie neigen vergleichsweise seltener dazu, die Umwelt als politische Priorität zu betrachten, und geben der Beschäftigung den Vorrang. Zudem sind sie gegenüber der EU sehr viel skeptischer eingestellt als die Öffentlichkeit insgesamt. Dies legt nahe, dass die neue EU-Kommission vor der Aufgabe steht, die Spaltung zwischen unterschiedlichen Lagern in der europäischen Öffentlichkeit zu überwinden, insbesondere die Kluft zwischen den Anhängern gemäßigter Parteien und den Sympathisanten populistischer Parteien, wobei der Rechtspopulismus eine besondere Herausforderung darstellt.

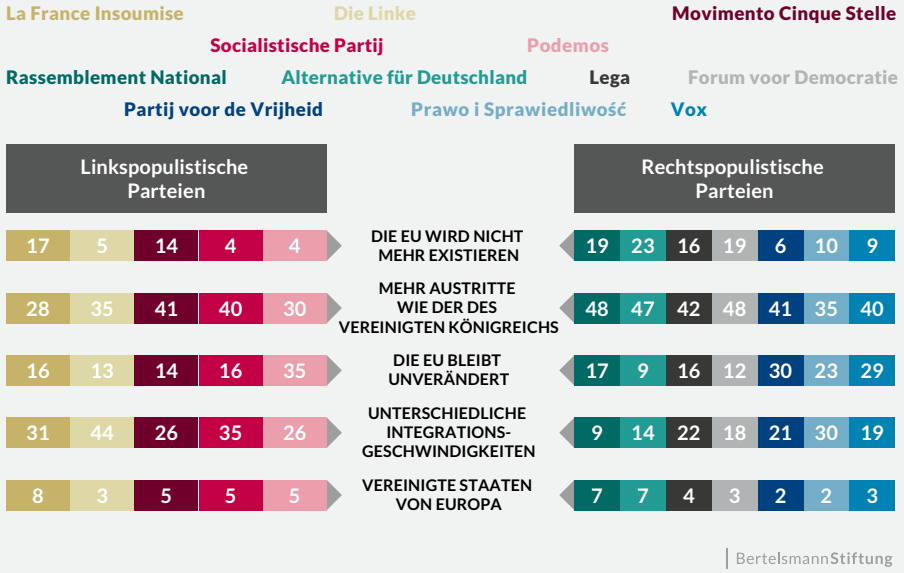
GRAFIK 11.1 **EU27: Einstellungen der Unterstützer linker und rechter populistischer Parteien zur EU**

Würden Sie der folgenden Aussage zustimmen? Zustimmung in Prozent.



GRAFIK 11.2 **EU27: Zukunftserwartungen der Unterstützer linker und rechter populistischer Parteien zur EU**

Wie wird sich die EU in Zukunft entwickeln? Zustimmung in Prozent.



Schlussfolgerungen

In der Rede vor ihrer Wahl durch das Europäische Parlament, betonte Ursula von der Leyen ihre persönliche Verbundenheit zum europäischen Projekt. Sie sprach über ihre Familiengeschichte und ihre persönlichen Erfahrungen als Tochter eines Vaters, der in Brüssel tätig war, und als Mutter, die mit ihren Kindern über Europa diskutierte. Sie machte sich zur Fürsprecherin für das europäische Ideal, nicht nur, indem sie persönlich für Europa eintrat, sondern auch in Form von entsprechend starken Politikvorschlägen.

Die Umfragedaten, die wir seit 2015 gesammelt haben, sprechen dafür, dass diese Vorschläge, gepaart mit von der Leyens persönlicher Verbundenheit und Empathie gegenüber dem europäischen Projekt, bei einem großen Teil der EU-Bürger Anklang finden könnten. Allerdings werden die meisten EU-Bürger künftig vor allem eins fragen: Kann sie ihre Vorhaben umsetzen? Angesichts dieser Frage lohnt es sich, das politische und institutionelle Umfeld zu betrachten, mit dem sie konfrontiert ist.

- Ein neu gewähltes Europäisches Parlament, das heterogener und stärker polarisiert ist als jemals zuvor. Die Europäische Volkspartei und die Sozialdemokraten haben ihre Vormachtstellung verloren und müssen die Macht mit den Liberalen und den Grünen teilen. Darüber hinaus sind rund 25 Prozent der Sitze mit populistischen und nationalistischen Kräften besetzt. Diese Tatsache zeigt deutlich, wie sehr sich die Machtverhältnisse verändert haben. In dieser neuen Konstellation wird es wahrscheinlich noch schwieriger werden, Mehrheiten zu bekommen. Auch von der Leyen selbst wurde mit einem geringen Stimmenvorsprung von nicht mehr als 9 Stimmen als Kommissionspräsidentin bestätigt.
- Ein Europäischer Rat, der jüngst bewiesen hat, dass er geeint handeln kann (z. B. beim Brexit und der Besetzung europäischer Spitzenämter, etc.), der aber gleichzeitig große Wertekonflikte austrägt, wenn es um europäische Grundprinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz geht.
- Eine zerrissene europäische Öffentlichkeit, die – wie wir in zahlreichen eupinions-Studien gezeigt haben – einerseits viel von der EU-Politik erwartet und andererseits wenig Vertrauen in die Fähigkeit der EU hat, tatsächlich Ergebnisse zu erzielen.

Ursula von der Leyen hat den Einsatz erhöht. Die europäische Öffentlichkeit wünscht sich eine handlungsfähige und kooperative EU, hat aber in den vergangenen Jahren ein beträchtliches Maß an Dysfunktionalität und Konfrontation erlebt. Dieser Öffentlichkeit hat von der Leyen nun Versprechungen gemacht. Angesichts der Verwerfungen der jüngsten Vergangenheit und dem starken Eindruck, den diese bei den Bürgern hinterlassen haben, stellt sich folgende Frage: Wird die neue Kommission in der Lage sein – anders als ihre Vorgängerinnen – politische Erfolge

und Fortschritte für sich zu verbuchen und damit das Image europäischer Politik zu verbessern? Da es der Europäischen Kommission bislang stets schwerfiel, mit einer eigenen Stimme in den öffentlichen Debatten wahrgenommen zu werden, ist dies eine wichtige und offene Frage. Die Kommission tut sich schwer mit der beträchtlichen geographischen Entfernung, die zwischen ihr und einigen Mitgliedstaaten besteht, der Tatsache, dass es keine originären europäischen Medien gibt und dass sie zugleich politischer Akteur und Hüterin der EU-Verträge sein muss. Diese Bedingungen verhindern, dass sie in den öffentlichen Debatten eine prominente Rolle spielt. Sollte von der Leyens Kommission das Ziel haben, dies zu ändern, werden drei Faktoren entscheidend sein:

- Persönlicher Stil: Aus ihrer Zeit als deutsche Spitzenpolitikerin, ist Ursula von der Leyen für ihren proaktiven Umgang mit den Medien bekannt. Sie scheut nicht davor zurück ambitionierte Ziele aufmerksamkeitswirksam zu verkünden. Naturgemäß provoziert ein solcher Stil Kontroversen und lädt zu Kritik ein, welcher sich von der Leyen in ihrer Karriere häufig gegenübersah. Schon immer sind ihr schwierige Aufgabenfelder zugewiesen worden, wie etwa das Amt der deutschen Verteidigungsministerin. Ihren Vorgänger Thomas de Maizière hätte diese Position beinahe seinen guten Ruf gekostet. Umso mehr ist zu betonen, dass es von der Leyen gelang, ihr Amt fünfeinhalb Jahre auszuüben. Nur einer ihrer Vorgänger blieb länger im Amt. Obwohl sie häufig Kritik und Angriffen ausgesetzt war, scheint sie nicht geneigt, ihren Stil zu verändern. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass sie es als Präsidentin der Europäischen Kommission anders halten wird.
- Führungs- und Arbeitsstil: Als Familienministerin, Ministerin für Arbeit und Soziales und als Verteidigungsministerin musste sie bedeutende Ministerien führen, ihr jeweiliges Themengebiet bearbeiten und ein großes Arbeitspensum und öffentliche Auftritte bewältigen. In ihrer neuen Position jedoch wird sie einem Kommissionskollegium vorsitzen, dessen Mitglieder unterschiedlicher Herkunft sind und eigene Erfahrungen, Fähigkeiten und Kompetenzen einbringen. Angesichts der gigantischen Aufgabe, das Profil der Europäischen Kommission zu schärfen und die EU-Bürger zu erreichen, wird es darauf ankommen, ob es ihr gelingt, die anderen Kommissare so zu stärken, dass sie in der Öffentlichkeit gut ankommen und als Multiplikatoren für die Ziele der Kommission auftreten können. Von den Kandidatinnen und Kandidaten, die von der Leyen für die Kommission vorgeschlagen hat, haben sich einige, z.B. Margrethe Verstager und Frans Timmermans, schon in der Juncker-Kommission einen Namen gemacht. Ihr politisches Gewicht und ihre Bekanntheit werden in von der Leyens Kommission nicht leiden. Andere Neuankömmlinge wiederum, werden versuchen sich einen Namen zu machen und einen Einfluss auf die Arbeit der Kommission auszuüben. Wird von der Leyen in der Lage sein, das ganze Team zum Erfolg zu führen?
- Die Fähigkeit, die Beziehungen zwischen den Institutionen zu pflegen: Wenn es darum geht, der Europäischen Kommission mehr Anerkennung zu verschaffen, wird die höchste Hürde sein, die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rat, beziehungsweise den nationalen Regierungen, aus denen er sich zusammensetzt, zu ermöglichen. Nationale Regierungen waren häufig geneigt, das Lob für europäische Erfolge einzustreichen und bei Misserfolgen den schwarzen Peter weiterzugeben. Bislang konnte keine

nationale Regierung dieser Versuchung widerstehen, obwohl sich allmählich die Erkenntnis durchsetzt, dass sich auf diese Weise zwar kurzfristig Erfolge erzielen lassen, langfristig jedoch Schaden entsteht. Eine aktive und in der Öffentlichkeit präsente Kommission wird wahrscheinlich mit verschiedenen nationalen Regierungen über politische Initiativen in Konflikt geraten. Die Beziehungen zwischen den Institutionen werden dadurch sicherlich komplizierter werden.

Ein Konfliktfeld könnte das Thema Digitalsteuer werden. Noch im März 2019 war der Europäische Rat nicht in der Lage, sich auf eine Steuer für digitale Dienstleistungen zu verständigen.[9] Einige Regierungen sind besorgt über die Folgen, die eine Digitalsteuer für Unternehmen in ihren nationalen Märkten haben könnte, und haben die Pläne deswegen mit einem Veto belegt. Trotz dieses Rückschlags bleiben der digitale Markt und dessen Ordnung, Regulierung und Besteuerung sehr wichtige Themen für die EU. Die angehende Präsidentin von der Leyen hob den Punkt in ihrer Wahlrede hervor: „Ich werde auch für Steuergerechtigkeit eintreten. Das gilt für die herkömmliche Industrie genauso wie für digitale Unternehmen. Wenn die Technologieriesen in Europa kräftige Gewinne erzielen, so ist das in Ordnung, weil wir ein offener Markt sind und uns zum Wettbewerb bekennen. Allerdings wären diese Gewinne ohne unser Ausbildungssystem, ohne unsere Fachkräfte, ohne unsere Infrastruktur und ohne unser Sozialversicherungssystem nicht möglich. Deshalb können wir nicht hinnehmen, dass sie unser Steuersystem ausreizen und bei reichem Gewinn kaum Steuern zahlen. Wer die Vorteile genießen will, muss auch einen Teil der Last tragen.“[10]

Diese Aussage fand mit Sicherheit die Zustimmung einer Mehrheit der Parlamentarier im Europäischen Parlament, die im Dezember 2018 für die Digitale Dienstleistungssteuer gestimmt hatten.[11] Doch sie steht auch im Widerspruch zu den nationalen Interessen einzelner Ratsmitglieder, sodass Auseinandersetzungen wahrscheinlich sind. Der Europäische Rat hat sich seinerseits um einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten bemüht. TechCrunch, die größte Informationsplattform für die Digital- und Technologieindustrie, fasst die Situation wie folgt zusammen: „Die Macht der Tech-Giganten, ganze Länder zu beeinflussen, ist derzeit ein großes Thema für die EU-Innenpolitik. Die EU weiß, dass sie eine Vereinbarung ausarbeiten muss, um die Besteuerung digitaler Unternehmen zu reformieren, zumal die Wut der Bürger über Steuerungerechtigkeiten wächst. Die Frage ist, wie sich die Reform realisieren lässt. Bestimmte Staaten mit niedrigen Unternehmenssteuersätzen sind zu Kolonien der Tech-Giganten geworden, und diese Konzerne wollen mit Sicherheit keine Steuerreform.“[12] Dies ist eines der zahlreichen Politikfelder, in denen viel auf dem Spiel steht und dringend gehandelt werden muss, Lösungen jedoch durch stark divergierende Interessen erschwert werden. Ähnliches gilt für die Energiepolitik, die Einwanderung und die Reform der Eurozone. Die Kommission wird sich in der kommenden Amtszeit diesen Herausforderungen stellen müssen.

9 https://www.consilium.europa.eu/en/policies/digital-taxation/

10 https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/opening-statement-plenary-session_de.pdf

11 http://www.europarl.europa.eu/news/en/headlines/economy/20181210STO21402/parliament-votes-on-eu-wide-tech-tax

12 https://techcrunch.com/2019/06/15/where-is-the-eu-going-on-tech-and-competition-policy/?guccounter=1&guce_referrer_us=aHR0cHM6Ly93d3cuZ29vZ2xlLmNvbS8&guce_referrer_cs=xdUHlVnZZkzkJar13i4FCQ

Welche Schwierigkeiten und Krisen die Zukunft auch bringen mag, eines ist sicher: Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben eine Wachablösung eingeleitet, die die politische Landschaft in Europa unumkehrbar verändert hat. Die neuen Kommissare, die nun die Vorzeichen für die nächsten fünf Jahre setzen, müssen planvoll und kompetent handeln und sich einer kritischen Überprüfung stellen.

Glossar

ORIGINAL ABKÜRZUNG	ORIGINAL NAME	DEUTSCHE ÜBERSETZUNG
Frankreich		
RN	Rassemblement National	Nationale Zusammenkunft
LR	Les Républicains	Die Republikaner
MoDem	Mouvement Démocrate	Demokratische Bewegung
LaREM	La République en Marche !	Republik in Bewegung
PS	Parti Socialiste	Sozialistische Partei
LFI	La France Insoumise	Unbeugsames Frankreich
Deutschland		
AfD	Alternative für Deutschland	Alternative für Deutschland
FDP	Freie Demokratische Partei	Freie Demokratische Partei
CDU / CSU	Christlich Demokratische Union / Christlich-Soziale Union	Christlich Demokratische Union / Christlich-Soziale Union
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
B90 / Grüne	Bündnis 90 / Die Grünen	Bündnis 90 / Die Grünen
Die Linke	Die Linke	Die Linke
Italien		
LN	Lega Nord / Lega	Nördliche Liga / Liga
FI	Forza Italia	Vorwärts Italien
PD	Partito Democratico	Demokratische Partei
MVCS	Movimento 5 Stelle	5 Sterne Bewegung

Niederlande		
PVV	Partij voor de Vrijheid	Partei für die Freiheit
FvD	Forum voor Democratie	Forum für Demokratie
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie	Volkspartei für Freiheit und Demokratie
CDA	Christen-Democratisch Appèl	Christlich-Demokratischer Apell
D66	Democraten66	Demokraten66
CU	Christen Unie	Christen Union
PvdA	Partij van de Arbeid	Partei der Arbeit
DENK	Beweging DENK	Bewegung DENK
GL	Groen Links	Grüne Linke
SP	Socialistische Partij	Sozialistische Partei
Polen		
K'15	Kukiz'15	Kukiz'15
PiS	Prawo i Sprawiedliwość	Recht und Gerechtigkeit
.Nowo	Nowoczesna	Modern
PO	Platforma Obywatelska	Zivile Plattform
Wiosna	Wiosna	Frühling
Spanien		
PP	Partido Popular	Partei des Volkes
C's	Ciudadanos	Bürger
PSOE	Partido Socialista Obrero Español	Spanische Sozialistische Arbeiterpartei
Podemos	Podemos	Wir können
Vox	Vox	Vox

Quellenangaben

01. **European Commission** (2019). *Press conference by David Sassoli, EP President, and by Ursula von der Leyen, President-elect of the European Commission.* Youtube channel (Stand: August 2019) https://www.youtube.com/watch?v=yYA68QRh6dc

02. **Europäische Kommission** (2019). *Rede zur Eröffnung der Plenartagung des Europäischen Parlaments, Ursula von der Leyen, Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission* (Stand: August 2019) https://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-19-4230_en.htm

03. **De Vries, C. E., und Hoffmann, I.** (2015). *What Do the People Want – Opinions, Moods and Preferences of European Citizens.* eupinions: https://eupinions.eu/de/text/what-do-the-people-want/

04. **De Vries, C. E., und Hoffmann, I.** (2017). *Supportive but wary. How Europeans feel about the EU 60 years after the Treaty of Rome.* eupinions: https://eupinions.eu/de/text/supportive-but-wary/

05. **eupinions Trends:** https://eupinions.eu/de/trends/

06. **Europäische Kommission** (2019). *Rede zur Eröffnung der Plenartagung des Europäischen Parlaments, Ursula von der Leyen, Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission.* https://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-19-4230_en.htm

07. **eupinions Trends:** https://eupinions.eu/de/trends/

08. **eupinions Graphics:** https://eupinions.eu/de/graphics

09. **European Council. Council of European Union** (2019). *Council cannot reach an agreement on EU digital services tax.* https://www.consilium.europa.eu/en/policies/digital-taxation/

10. **Europäische Kommission** (2019). *Rede zur Eröffnung der Plenartagung des Europäischen Parlaments. Ursula von der Leyen Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission.* https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/opening-statement-plenary-session_de.pdf

11. **European Parliament** (2018). *Parliament votes on EU-wide tech tax* (Stand: August 2019). http://www.europarl.europa.eu/news/en/headlines/economy/20181210STO21402/parliament-votes-on-eu-wide-tech-tax

12. **TechCrunch** (2019). *Where is the EU going on tech and competition policy?* https://techcrunch.com/2019/06/15/where-is-the-eu-going-on-tech-and-competition-policy/?guccounter=1&guce_referrer_us=aHR0cHM6Ly93d3cuZ29vZ2xlLmNvbS8&guce_referrer_cs=xdUHlVnZZkzkJar13i4FCQ

Methodik

Dieser Bericht liefert einen Überblick über eine Studie zur öffentlichen Meinung in 27 EU-Mitgliedstaaten (exklusive dem Vereinigten Königreich). Die hierin verwendeten Daten wurden im Zeitraum 17.06.2019 bis 28.06.2019 von Dalia Research in Berlin erhoben. Die Stichprobe mit der Größe n=12.123 wurde in 27 EU-Mitgliedsstaaten erhoben. Hierbei wurde die aktuelle Bevölkerungsverteilung mit Hinblick auf Alter (16–65 Jahre), Geschlecht, Region/Land berücksichtigt. Um repräsentative Ergebnisse zu erhalten wurden die Daten anhand der aktuellen Eurostat Statistiken gewichtet. Die hierbei verwendeten Variablen waren Alter, Geschlecht, Bildungsgrad (wie durch die ISCED (2011) Level 0–2, 3–4 und 5–8 definiert) sowie Urbanisierungsgrad (urbane und ländliche Bevölkerung). Ein iterativer Algorithmus wurde angewandt um die optimale Kombination von Gewichtungsvariablen anhand der Verteilung der Stichproben in jedem Land zu ermitteln. Eine Schätzung des allgemeinen Designeffekts basierend auf der Verteilung der Gewichte wurde mit 1,42 berechnet. Für eine Zufallsstichprobe dieser Größe und unter Berücksichtigung des Designeffekts ergäbe sich eine Fehlergrenze (Margin of Error) von +/- 1,1% bei einem Konfidenzniveau von 95%.

Datenanhang

EU27: Wichtigste politische Prioritäten nach Ländern

Welche zwei Themen sollten in den kommenden Jahren besonders berücksichtigt werden?
In Prozent.

	EU27	*Frankreich*	*Deutschland*	*Italien*	*Niederlande*	*Polen*	*Spanien*
Umweltschutz	40 %	39 %	49 %	36 %	35 %	35 %	32 %
Jobs	34 %	40 %	17 %	60 %	19 %	36 %	40 %
Soziale Sicherung	23 %	22 %	34 %	14 %	30 %	14 %	32 %
Bürgerrechte	21 %	23 %	10 %	30 %	18 %	26 %	24 %
Öffentliche Sicherheit	19 %	13 %	23 %	16 %	29 %	19 %	11 %
Lage der Demokratie	17 %	16 %	21 %	12 %	16 %	22 %	11 %
Chancen-gleichheit	17 %	17 %	20 %	9 %	18 %	9 %	15 %
Bildungszugang	15 %	13 %	12 %	11 %	18 %	17 %	20 %
Minderheiten-rechte	3 %	3 %	4 %	3 %	4 %	2 %	2 %
Anderes	11 %	14 %	10 %	9 %	13 %	20 %	13 %

EU27: Wichtigste politische Prioritäten nach Altersgruppen

Welche zwei Themen sollten in den kommenden Jahren besonders berücksichtigt werden?
In Prozent.

	Alle	*16–25*	*26–35*	*36–45*	*46–55*	*56–65*
Umweltschutz	40 %	47 %	38 %	36 %	40 %	38 %
Jobs	34 %	29 %	37 %	36 %	34 %	30 %
Soziale Sicherung	23 %	14 %	19 %	26 %	28 %	29 %
Bürgerrechte	21 %	20 %	21 %	21 %	20 %	21 %
Öffentliche Sicherheit	19 %	17 %	18 %	21 %	20 %	20 %
Lage der Demokratie	17 %	15 %	16 %	16 %	18 %	23 %
Chancen-gleichheit	17 %	20 %	18 %	17 %	13 %	12 %
Bildungszugang	15 %	19 %	18 %	12 %	13 %	14 %
Minderheiten-rechte	3 %	6 %	4 %	2 %	2 %	2 %
Anderes	11 %	13 %	11 %	13 %	12 %	11 %

EU27: Prioritäten im persönlichen Leben der Befragten

Welche beiden Themen bereiten Ihnen am meisten Sorge? In Prozent.

	EU27	*Frankreich*	*Deutschland*	*Italien*	*Niederlande*	*Polen*	*Spanien*
Steigende Lebenshaltungskosten	51 %	61 %	44 %	45 %	49 %	62 %	44 %
Gesundheitsprobleme	28 %	24 %	20 %	36 %	15 %	26 %	33 %
Arbeitsplatzunsicherheit	25 %	24 %	12 %	46 %	25 %	19 %	41 %
Kriminalität	21 %	17 %	25 %	16 %	23 %	17 %	18 %
Politischer Radikalismus	16 %	15 %	28 %	9 %	19 %	18 %	14 %
Wohnraum	13 %	11 %	18 %	6 %	14 %	11 %	10 %
Persönliche Verluste	9 %	6 %	9 %	8 %	11 %	7 %	10 %
Einsamkeit	9 %	7 %	9 %	9 %	13 %	11 %	7 %
Anderes	28 %	35 %	35 %	25 %	31 %	29 %	23 %

EU27: Prioritäten im persönlichen Leben der Befragten nach Altersgruppen

Welche beiden Themen bereiten Ihnen am meisten Sorge? In Prozent.

	Alle	*16–25*	*26–35*	*36–45*	*46–55*	*56–65*
Steigende Lebenshaltungskosten	51 %	45 %	53 %	52 %	50 %	51 %
Gesundheitsprobleme	28 %	20 %	21 %	26 %	33 %	39 %
Arbeitsplatzunsicherheit	25 %	27 %	28 %	29 %	25 %	15 %
Kriminalität	21 %	20 %	19 %	22 %	21 %	23 %
Politischer Radikalismus	16 %	15 %	14 %	16 %	18 %	20 %
Wohnraum	13 %	16 %	17 %	12 %	10 %	7 %
Persönliche Verluste	9 %	10 %	9 %	9 %	10 %	8 %
Einsamkeit	9 %	15 %	9 %	9 %	7 %	6 %
Anderes	28 %	32 %	30 %	25 %	26 %	31 %

EU27: Einstellungen zur EU

Würden Sie der folgenden Aussage zustimmen? Zustimmung in Prozent.

	EU27	*Frankreich*	*Deutschland*	*Italien*	*Niederlande*	*Polen*	*Spanien*
Befürworte mehr politische und ökonomische Integration	54 %	41 %	60 %	70 %	39 %	52 %	68 %
Würde im Gespräch mit Freunden positiv über die EU sprechen	62 %	50 %	66 %	43 %	62 %	81 %	72 %
Optimistisch über die Zukunft der EU	50 %	37 %	51 %	41 %	49 %	63 %	61 %

EU27: Einstellungen zur EU nach Altersgruppen

Würden Sie der folgenden Aussage zustimmen? Zustimmung in Prozent.

	Alle	*16–25*	*26–35*	*36–45*	*46–55*	*56–65*
Befürworte mehr politische und ökonomische Integration	54 %	56 %	55 %	53 %	52 %	54 %
Würde im Gespräch mit Freunden positiv über die EU sprechen	62 %	69 %	61 %	60 %	60 %	59 %
Optimistisch über die Zukunft der EU	50 %	52 %	50 %	49 %	48 %	50 %

EU27: Zukunftserwartungen zur EU

Wie wird sich die EU in Zukunft entwickeln? Zustimmung in Prozent.

	EU27	*Frankreich*	*Deutschland*	*Italien*	*Niederlande*	*Polen*	*Spanien*
Die EU wird nicht mehr existieren	9 %	11 %	6 %	11 %	7 %	8 %	4 %
Mehr Austritte wie der des Vereinigten Königreichs	35 %	42 %	32 %	35 %	36 %	33 %	28 %
Die EU bleibt unverändert	20 %	18 %	13 %	17 %	15 %	21 %	33 %
Unterschiedliche Integrationsgeschwindigkeiten	31 %	23 %	46 %	30 %	37 %	35 %	28 %
Vereinigte Staaten von Europa	5 %	6 %	3 %	7 %	5 %	3 %	7 %

EU27: Zukunftserwartungen zur EU nach Altersgruppen

Wie wird sich die EU in Zukunft entwickeln? Zustimmung in Prozent.

	Alle	*16–25*	*26–35*	*36–45*	*46–55*	*56–65*
Die EU wird nicht mehr existieren	9 %	10 %	8 %	9 %	9 %	8 %
Mehr Austritte wie der des Vereinigten Königreichs	35 %	40 %	37 %	34 %	33 %	31 %
Die EU bleibt unverändert	20 %	18 %	20 %	21 %	19 %	20 %
Unterschiedliche Integrationsgeschwindigkeiten	31 %	28 %	30 %	31 %	33 %	35 %
Vereinigte Staaten von Europa	5 %	4 %	5 %	5 %	6 %	6 %

EU27: Wichtigste politische Prioritäten nach Ansicht der Unterstützer linker und rechter populistischer Parteien

Welche zwei Themen sollten in den kommenden Jahren besonders berücksichtigt werden? In Prozent.

Linkspopulistische Parteien	*LFI*	*Die Linke*	*MVCS*	*SP*	*Podemos*
Umweltschutz	50 %	50 %	40 %	22 %	38 %
Jobs	29 %	17 %	60 %	23 %	33 %
Soziale Sicherung	31 %	49 %	12 %	47 %	27 %
Bürgerrechte	32 %	8 %	38 %	25 %	36 %
Öffentliche Sicherheit	19 %	10 %	11 %	26 %	5 %
Lage der Demokratie	8 %	13 %	9 %	10 %	11 %
Chancengleichheit	8 %	21 %	9 %	20 %	13 %
Bildungszugang	12 %	18 %	11 %	19 %	26 %
Minderheitenrechte	7 %	6 %	3 %	2 %	2 %
Anderes	4 %	8 %	7 %	6 %	9 %

Rechtspopulistische Parteien	*RN*	*AfD*	*LN*	*FvD*	*PVV*	*PiS*	*Vox*
Umweltschutz	26 %	14 %	30 %	7 %	21 %	32 %	32 %
Jobs	51 %	32 %	70 %	24 %	15 %	47 %	43 %
Soziale Sicherung	23 %	40 %	19 %	42 %	30 %	16 %	17 %
Bürgerrechte	22 %	17 %	29 %	18 %	18 %	19 %	23 %
Öffentliche Sicherheit	24 %	49 %	24 %	42 %	30 %	24 %	20 %
Lage der Demokratie	16 %	18 %	8 %	25 %	21 %	15 %	11 %
Chancengleichheit	13 %	13 %	7 %	8 %	25 %	9 %	18 %
Bildungszugang	8 %	3 %	7 %	13 %	9 %	18 %	10 %
Minderheitenrechte	2 %	2 %	2 %	15 %	3 %	1 %	4 %
Anderes	15 %	12 %	4 %	6 %	28 %	19 %	22 %

Prioritäten im persönlichen Leben der Unterstützer linker und rechter populistischer Parteien

Welche beiden Themen bereiten Ihnen am meisten Sorge? In Prozent.

Linkspopulistische Parteien	*LFI*	*Die Linke*	*MVCS*	*SP*	*Podemos*
Steigende Lebenshaltungskosten	55 %	54 %	51 %	60 %	55 %
Gesundheitsprobleme	35 %	24 %	35 %	30 %	26 %
Arbeitsplatzunsicherheit	15 %	11 %	49 %	14 %	51 %
Kriminalität	10 %	16 %	11 %	20 %	9 %
Politischer Radikalismus	21 %	32 %	8 %	18 %	12 %
Wohnraum	16 %	19 %	7 %	12 %	13 %
Persönliche Verluste	16 %	9 %	8 %	12 %	6 %
Einsamkeit	11 %	10 %	6 %	11 %	9 %
Anderes	21 %	25 %	25 %	23 %	19 %

Rechtspopulistische Parteien	*RN*	*AfD*	*LN*	*FvD*	*PVV*	*PiS*	*Vox*
Steigende Lebenshaltungskosten	70 %	55 %	47 %	57 %	53 %	53 %	43 %
Gesundheitsprobleme	19 %	14 %	37 %	16 %	17 %	34 %	22 %
Arbeitsplatzunsicherheit	30 %	11 %	44 %	24 %	16 %	18 %	31 %
Kriminalität	25 %	51 %	24 %	35 %	22 %	24 %	24 %
Politischer Radikalismus	6 %	11 %	3 %	5 %	8 %	7 %	27 %
Wohnraum	12 %	19 %	5 %	15 %	7 %	11 %	7 %
Persönliche Verluste	6 %	9 %	9 %	10 %	9 %	6 %	5 %
Einsamkeit	7 %	7 %	9 %	7 %	14 %	10 %	7 %
Anderes	25 %	23 %	22 %	31 %	54 %	37 %	34 %

EU27: Einstellungen der Unterstützer linker und rechter populistischer Parteien zur EU

Würden Sie der folgenden Aussage zustimmen? Zustimmung in Prozent.

Linkspopulistische Parteien	*LFI*	*Die Linke*	*MVCS*	*SP*	*Podemos*
Befürworte mehr politische und ökonomische Integration	51 %	73 %	69 %	42 %	82 %
Würde im Gespräch mit Freunden positiv über die EU sprechen	44 %	62 %	35 %	42 %	70 %
Optimistisch über die Zukunft der EU	18 %	51 %	38 %	35 %	58 %

Rechtspopulistische Parteien	*RN*	*AfD*	*LN*	*FvD*	*PVV*	*PiS*	*Vox*
Befürworte mehr politische und ökonomische Integration	23 %	22 %	60 %	17 %	31 %	43 %	44 %
Würde im Gespräch mit Freunden positiv über die EU sprechen	27 %	24 %	29 %	22 %	44 %	79 %	50 %
Optimistisch über die Zukunft der EU	18 %	15 %	34 %	18 %	34 %	62 %	45 %

EU27: Zukunftserwartungen der Unterstützer linker und rechter populistischer Parteien zur EU

Wie wird sich die EU in Zukunft entwickeln? Zustimmung in Prozent.

Linkspopulistische Parteien	*LFI*	*Die Linke*	*MVCS*	*SP*	*Podemos*
Die EU wird nicht mehr existieren	17 %	5 %	14 %	4 %	4 %
Mehr Austritte wie der des Vereinigten Königreichs	28 %	35 %	41 %	40 %	30 %
Die EU bleibt unverändert	16 %	13 %	14 %	16 %	35 %
Unterschiedliche Integrationsgeschwindigkeiten	31 %	44 %	26 %	35 %	26 %
Vereinigte Staaten von Europa	8 %	3 %	5 %	5 %	5 %

Rechtspopulistische Parteien	*RN*	*AfD*	*LN*	*FvD*	*PVV*	*PiS*	*Vox*
Die EU wird nicht mehr existieren	19 %	23 %	16 %	19 %	6 %	10 %	9 %
Mehr Austritte wie der des Vereinigten Königreichs	48 %	47 %	42 %	48 %	41 %	35 %	40 %
Die EU bleibt unverändert	17 %	9 %	16 %	12 %	30 %	23 %	29 %
Unterschiedliche Integrationsgeschwindigkeiten	9 %	14 %	22 %	18 %	21 %	30 %	19 %
Vereinigte Staaten von Europa	7 %	7 %	4 %	3 %	2 %	2 %	3 %

Abbildungsverzeichnis

Grafik 1	EU27: Prioritäten für die neue Europäische Kommission
Grafik 2	EU27: Prioritäten für die neue Europäische Kommission nach Altersgruppen
Grafik 3	EU27: Prioritäten im persönlichen Leben der Befragten
Grafik 4	EU27: Prioritäten im persönlichen Leben der Befragten nach Altersgruppen
Grafik 5	EU27: Einstellungen zur EU
Grafik 6	EU27: Einstellungen zur EU nach Altersgruppen
Grafik 7	EU27: Zukunftserwartungen zur EU
Grafik 8	EU27: Zukunftserwartungen zur EU
Grafik 9	EU27: Prioritäten für die neue Europäische Kommission nach Ansicht der Unterstützer linker und rechter populistischer Parteien
Grafik 10	Prioritäten im persönlichen Leben der Unterstützer linker und rechter populistischer Parteien
Grafik 11.1	EU27: Einstellungen der Unterstützer linker und rechter populistischer Parteien zur EU
Grafik 11.2	EU27: Zukunftserwartungen der Unterstützer linker und rechter populistischer Parteien zur EU

Impressum

© November 2019
Bertelsmann Stiftung

eupinions #2019/2
Große Erwartungen
Die neue Europäische Kommission, ihre Ziele
und die öffentliche Meinung in Europa

ISSN: 2366-9519

Design:
Lucid. Berlin

Cover:
Florian Bayer

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Deutschland

Isabell Hoffmann
isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 30 275 788 126

www.eupinions.eu

www.bertelsmann-stiftung.de